

22.36

**Abgeordneter Franz Leonhard Eibl** (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf im Folgenden zu ein paar Punkten Stellung nehmen.

Der erste Punkt betrifft die Änderung des Katastrophenfondsgesetzes. Ich begrüße es, dass die stark betroffene Gemeinde Gasen mit 5,2 Millionen Euro bedacht wird; sie wurde in den letzten zwei Jahren vier Mal von Hochwässern überrascht. Ich bedanke mich dafür nicht nur bei den Regierungsmitgliedern, sondern vor allem auch bei unseren steirischen Abgeordneten, die sich massiv dafür eingesetzt haben. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Zweiter Punkt: Ich bedanke mich natürlich auch für die Bedarfsmittelzuweisung an das Bundesland Salzburg. Wir wissen, der Finanzskandal, der damals von den SPÖ-Regierungsmitgliedern im Bundesland Salzburg verursacht worden ist, hat massiven Schaden angerichtet. Nun hilft diese Bundesregierung, und ich darf mich dafür recht, recht herzlich bedanken. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Dritter Punkt: Wir beschließen heute ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung. Es gibt zwar bereits ein Abkommen aus dem Jahre 1969, aber das entspricht nicht mehr den neuesten Entwicklungen im internationalen Steuerrecht. Deshalb ist es notwendig, dass wir heute ein neues Abkommen beschließen, das mittlerweile ja unterzeichnet ist, aber wir haben es eben auch im Parlament zu bekräftigen. Ziele dieses neuen Abkommens sind die Stärkung des Standortes Österreich und der weitere Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen, auch im Hinblick auf den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Großbritannien sind intensiv, und das wollen wir auch in der Zukunft so fortsetzen und noch intensivieren.

Ich darf noch einmal darauf verweisen, dass es um die Vermeidung der Doppelbesteuerung und um die Verhinderung der Steuerverkürzung sowie um eine Verbesserung bei der Streitbeilegung und eine Erhöhung der Rechtssicherheit für die betroffenen Unternehmen geht.

Es ist ein gutes Abkommen, deshalb: Stimmen Sie diesem Abkommen zu! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

22.39

**Präsidentin Anneliese Kitzmüller:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Angerer. – Bitte, Herr Abgeordneter.